

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Reflamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Rohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: H. Woffe, Hagenstein & Bogler, C. L. Daube,  
Invalidebant. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerthmann,  
Eberfeld W. Thienes, Greifswald C. Jllies, Halle a. S.  
Zul. Bard & Co, Hamburg Joh. Nothhaar, A. Steiner,  
William Wiffens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
Heinr. Gislser. Kopenhagen Aug. F. Wolff & Co.

sehen haben und die Alles anzubieten schienen,  
um ihn vergessen zu machen. „Deutschland hat  
jetzt einen anderen Krieg zu führen“, schließt  
Garetie, „und es führt ihn, wie es den anderen  
geführt hat, rauh und ohne Gnade, nämlich den  
Handels- und Industriefrieg, den Kampf mit  
Baaren, Effekten und Tarifen. Uns zielt es nach  
dem Herzen; England zielt es nach dem Magen.  
Und ich bringe von jenseits des Rheins den  
Eindruck einer steigenden Fluth von Arbeitern  
und Kaufleuten heim, die uns wegschwemmen  
wird, wenn wir nicht Widerstand leisten, und  
die auch über Karthago hinwegbrausen wird.“

Vor etwa zwei Jahren wurden dem **Fürsten Bismarck** von Oldenburg Landwirthlich zwei Musterpferde als Geschenk dargebracht. Kürzlich hat sich nun ein Oldenburger, dem Wohl befinden der Pferde in Friedrichsruth selbst überzeugt. Der Landwirth wurde vom Schwiegersohn des Fürsten, dem Grafen Mankau, empfangen. Der Bestimmung der Geschengeber gemäß hat der Fürst die Thiere zunächst bei seinen Anzuchtställen als Wagenpferde benützt. Die jungen, feurigenrosse sind ihm aber doch vor seinem Wagen zu unruhig gewesen, und so wurden nun anderweitig benützt. „Verwägung“ wird als Zuchtschule verwendet und „Roßetten“ als das Reitpferd des Grafen Mankau. Der Fürst war im Uebrigen wohlthätig, schonte sich aber nicht aus diesem Grunde sein Bedauern auszusprechen, dem Geste nicht selbst empfangen zu können. — Der **Forschungsreisende Dr. Finsch** hat sein Landhaus in Delmenhorst bei Bremen verkauft und wird schon in nächster Zeit nach Berlin überleben. Dieser Wohnungswechsel steht, wie mehrere Blätter melden, mit der Errichtung eines „Deutschen Kolonial-Museums“ in dem Gebäude des ehemaligen Marine-Banoramasaals in Verbindung, dem Dr. Finsch in Zukunft seine Kräfte zu widmen gedenkt. — Der Errichtung der geplanten **Handelshochschule** wird von den größten Städten lebhaftes Interesse entgegengebracht. Bisher haben sich Leipzig, Hannover, Frankfurt a. M., Köln und Wachen um die Errichtung der Hochschule in ihren Mauerzügen beworben. — In Niederschlesien wird ein großer **Militärübungsplatz** südlich von Breslau an der Cassauer Bahn in der Klitschkorfer und Mieschauer Heide bei Sprottau errichtet; der Kaiser hat Unterhandlungen mit den Grundbesitzern angeknüpft. — Während des Viertesjahres vom 1. April bis 30. Juni 1897 haben 7309 Schiffe (gegen 5183 Schiffe in demselben Viertesjahre 1896) mit einem Netto-Raumgehalt von 589 240 Registertons (1896: 403 847 Registertons) den **Kaiser Wilhelm-Kanal** benützt und, nach Abzug des auf die Kanalabgabe in Anrechnung zu bringenden Eilbroscheides, an Gebühren 286 049 Mark (1896: 221 904 Mark) entrichtet. Davon entfielen auf den Monat Juni 2513 Schiffe (1896: 2007 Schiffe) mit 212 075 Registertons (1896: 148 437 Registertons) und 100 083 Mark (1896: 82 355 Mark) Gebühren. — Der **Gothaer Landtag** lehnte einen sozialdemokratischen Antrag ab, der das Gaussegeßel im Herzogthum Gotha gänzlich aufheben wollte. — Die **deutsche Volkspartei in Baiern** hat am Sonnabend und Sonntag in Regensburg a. d. E. ihre Landesversammlung abgehalten, die eine Resolution in der **Agrarfrage** annahm. In dieser Resolution wird erklärt: Die wirtschaftliche Kräftigung und Unabhängigkeit des Mittel- und Kleinbauernstandes ist eine Hauptvorbedingung zur freiwilligen Entwicklung des Volkes im Sinne der Demokratie. Unter Anerkennung des Grundsatzes, daß alle Erwerbsstände den gleichen Anspruch auf die Fürsorge durch die Regierung haben, und unter Verwerfung jeder Bevorzugung des einen Standes auf Kosten des anderen erstrebt die deutsche Volkspartei für den Bauernstand: a) Behufs Befreiung von bestehenden Lasten oder Erleichterung derselben 1. Ersetzung der jetzigen direkten Staatssteuer

durch eine progressive Einkommen- und Vermögenssteuer, die den Abzug der auf dem Gute haftenden Schulden ermöglicht und das zum Leben nötige Existenzminimum freiläßt. 2. Heranziehung der bisher steuerfreien ehemals reichsunmittelbaren Standesherrn zu den Staats- und Gemeindefiscalen. 3. Abschaffung der Vorkasse, wie aller aus feudalen Rechten herkommenden Belastungen von Grund und Boden. 4. Gleichrichtung von Militärskolen. 5. Uebernahme der Schul- und Armenlasten, sowie des Distriktsstraßenbaues durch den Staat. 6. Wesentliche Verminderung der Gebühren und Lagen bei Verfügungsveränderungen und Hypothekenbestellungen. 7. Aufhebung der Familienfideikomisse und Beschränkung der übergroßen Vermögensanammlung, insbesondere von Grundbesitz, in der toten Hand. 8. Neuordnung des Nachbarrechtes, insbesondere bezüglich der Grenzregulierung zwischen Wald und Feld. 9. Vereinfachung, Vereinigung und Verbilligung der Versicherungen gegen Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität. 10. Verbilligung der Rechtspflege, Beseitigung des Anwaltszwanges, Entschädigung wegen unschuldig erlittener Untersuchungs- und Strafmittel. 11. Steuerfreiheit für den aus selbstgebauten Produkten erzeugten Hausrath. 12. Inpflanzbarkeit eines Grundbesitzminimums, soweit es zur Ernährung einer Familie notwendig ist; Grundstandsrecht der Gemeinde bei Zwangsverkäufen von Grundstücken. h) Außerdem werden in der Resolution eine Reihe von Mitteln zur direkten Förderung der landwirthschaftlichen Interessen empfohlen. Ferner wurde eine Resolution zur Militärstrafprozeßordnung und eine solche betreffende die Instruktion des Bundesrathsabermächtigten angenommen.

Berlin, 28. Juli. Aus Anlaß des bevorstehenden 70jährigen Militärdenkstiftjubiläums des Generalfeldmarschalls Grafen von Blumenthal veröffentlicht die „N. A. Ztg.“ die nachstehenden Kabinettsordres, wodurch die drei Kaiser, denen Graf von Blumenthal diente, dessen hohen Verdienste anerkennen. Die betreffende Kabinettsordres Kaiser Wilhelms I., die aus dem Juli 1887 stammt, lautet:

Ich spreche Ihnen zum 30. d. M., dem Tage, an welchem vor 60 Jahren Ihre an hohen Verdiensten und Ehren so reiche Dienstzeit begann, meine warmsten und herzlichsten Glückwünsche aus und wünsche, daß mein beifolgendes Bild Ihnen noch recht lange und demnächst Ihren späteren Nachkommen vor Augen stellen möge, wie Ihr König Ihres hervorragenden Antheils an drei ruhmvollen Kriegen und Ihrer für alle Zeiten auf den Ehrenfeldern der Armee verzeichneten Dienste jeder Zeit mit warmstem Dank und hoher Anerkennung eingedenk gewesen ist. So lange Gottes Wille uns noch beisammen läßt, immer Ihr dankbarer König Wilhelm.“

Kaiser Friedrich schrieb ihm am 15. März 1888:

„Mein lieber Blumenhah! Indem ich Sie  
hiermit zu meinem Generalfeldmarschall ernenne,  
will ich, daß die Welt erkenne, wie die erste  
Verleihung gedachter höchster Stellung in unserem  
Heere durch mich dem Manne zu Theil wird,  
der mein Verather während der entscheidenden  
reichen, großen Feldzüge der letzten Jahrzehnte  
war. Zugleich sollen Sie in dieser Ernennung  
ein Zeichen meiner unauflöslichen Dankbarkeit  
für dasjenige, was ich Ihnen 1866 wie 1870  
bis 1871 danke, erkennen. Mögen Sie diese  
Würde noch viele Jahre und zum Segen für  
unser Heer bekleiden. Für mich aber bitte ich  
Sie, der treue Freund und Verather auch fern-  
von hier. Friedrich. Sie bleiben selbstver-  
ständlich an der Spitze des 4. Armee corps.“

Dieser Kabinettsordre folgte der Brief bei-  
gelegend sende ich Ihnen zum vor-  
läufigen Gebrauch, also auch für die morgende  
Feier trauriger Art (die Befegung Kaiser Wil-  
helms I. N.d.) meinen eigenen Marschallstab,  
bis der für Sie bestimmte bereitgestellt ist.

wird, worauf ich den meinigen zurückerbitte. Ich verpflichte Sie aber, an dem Zuge morgen nur insofern theilzunehmen, als daß Sie den Beginn desselben allenfalls mitmachen. Sobald Sie ermüden, befehle ich Ihnen, aus dem Zuge zu scheiden."

Und Kaiser Wilhelm II. drachtete aus Wörth, am 18. Oktober 1895, dem Tage der Enthüllung des Denkmals Kaiser Friedrichs:

„Lieber Feldmarschall! Ich verleihe Ihnen heute die Brillanten zum Schwarzen Adler und bedauere lebhaft, Ihnen diese Auszeichnung nicht persönlich am Denkmal meines in Gott ruhenden Vaters bei Wörth übergeben zu können. Voller Dankbarkeit für Ihre Verdienste als Chef des Generalstabes der Armee meines Vaters, des damaligen Kronprinzen, in zwei denkwürdigen Feldzügen, erfüllt mich nur der einzige Wunsch: Gott schenke Ihnen noch eine vieljährige glückliche Lebenszeit. Wilhelm R.“

— Die „Konf. Korr.“ geht näher auf die Abstimmlung der Oberbürgermeister des Herrenhauses über das Vereinsgesetz ein, danach haben bei der wiederholten Abstimmlung die Oberbürgermeister folgender 16 Städte gegen die Vorlage gestimmt: Barmen, Berlin, Breslau, Erfurt, Frankfurt a. d. O., Götting, Halberstadt, Halle, Hannover, Kiel, Köln, Königsberg, Liegnitz, Minden, Norbhausen und Thorn. Für die Vorlage stimmten die Oberbürgermeister der 3 Städte Altona, Essen und Wiesbaden. Gefeßt haben die Oberbürgermeister von 28 Städten, nämlich von: Aachen, Bielefeld, Bonn, Brandenburg, Bromberg, Cassel, Gersfeld, Donzig, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Eberfeld, Elbing, Flensburg, Frankfurt a. Main, Glogau, Hildesheim, Koblenz, Magdeburg, Memel, Münster, Osnabrück, Posen, Potsdam, Stettin, Straßburg und Trier. Davon hatten die Oberbürgermeister der folgenden 7 Städte in der vorherigen Abstimmlung mit Nein gestimmt: Bielefeld, Brandenburg, Bromberg, Eberfeld, Hildesheim, Magdeburg und Osnabrück. Es haben also 21 der Oberbürgermeister des Herrenhauses — fast die Hälfte der auf Präsentation der Städte berufenen Mitglieder — ihre Stellung zu der Vereinsgesetzkommisssion bis jetzt im Dunkeln gelassen.

— Aus Hannover wird der „Nat.-Lib. Corr.“ mitgeteilt, daß die bekannte Eingabe der Berliner Leitung des Bundes der Landwirthe an den Reichskanzler betreffend die sofortige Sperre der Getreideeinfuhr auf sechs Monate von den Herren Dr. Gahn, Dr. Mölde und von Bök verfaßt, abgefaßt, veröffentlicht und in der bekannten Weise vertreten worden ist, ohne daß auch nur die leitenden Vertrauensmänner der Provinzial-Organisationen vorher davon in Kenntnis gesetzt worden sind.

— Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt: „Die Mitglieder der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses, die Herren Bued und v. Sanden werden wegen ihrer Haltung im Sachen des Vereinsgesetzes in verschiedenen Blättern persönlich angegriffen. Wir stellen daher fest, daß die nationalliberale Fraktion des Landtages von diesen Herren vom ersten Augenblick an von ihrer abweichenden Auffassung in Kenntniß gesetzt worden ist; sie hat somit der Ueberzeugung der Herren, die von Anfang an bis zum Schlusse festgehalten und auch zum Ausdruck gebracht worden ist, bevor Abg. Hübner seine bekannte Erklärung abgab, die Achtung entgegengebracht, auf welche die Ueberzeugungstreue bei jeder politischen Auffassung gleichmäßig welcher Partei berechtigten Anspruch hat.“ — Ferner schreibt die genannte Korrespondenz: „Auf eigene Art bekundet die „Post“, das „Organ des Abg. Frdr. v. Zedlitz und Neufirk, das allezeit schnell bei der Hand ist, „Mangel an Wahrheitsliebe und Loyalität“ bei anderen Leuten zu finden, diese Eigenschaften gegenüber der nationalliberalen Fraktion des Landtages.“ Sie schreibt, daß der Abg. Schoof wegen seiner Abstimmung für das Vereinsgesetz ausgeschloffen sei und unterdrückt, nachdem sie darauf hin im Vorhergegangenen die Stimmung gegen die dortigen Nationalliberalen zu machen suchte, vollständig die Gründe

klärung der Gratifikation, worin ausdrücklich gesagt ist, daß so Verfahren werden mußte, weil Herr Schoof sein durch seine Zustimmung zur Höbregt'schen Erklärung gegebenes Wort nicht gehalten und sich auch nicht rührte, als der Abg. Pajon an Sonnabend, ihn in Anspruch nehmend, seine Gratifikations- und Verursachungen aus Hannover in schwerster Weise hinsichtlich ihrer Ueberzeugung verdrängte, daß also lediglich Voraussetzungen in Betracht kamen, die für ein vertrauensvolles Zusammenwirken in jeder Beziehung für unerlässlich gehalten werden."

— Der neue amerikanische Zolltarif ist nach der Entscheidung des Schatzamts in Washington am Mittwoch vom Freitag zum Sonnabend in Kraft getreten, so daß die Ladungen der am Sonnabend eingetroffenen Schiffe den neuen Zöllen unterworfen sind. Von Deutschland sind in den letzten fünf Monaten sehr große Vorräthe aller Art nach den Vereinigten Staaten abgegangen, so daß auch der deutsche Exporthandel durch diese Maßnahme und den neuen Tarif, der in der Geschichte den Namen „Dingley-Tarif“ nach dem Namen des Vorsitzenden des Finanzausschusses führen wird, geschädigt wird. Indessen wird sich die Tragweite des Tarifs erst vortheilen lassen, wenn der vollständige Text vorliegt und wenn bestimmte Erfahrungen gesammelt worden sind. „Es bedarf der Zeit und einiger Erfahrung“, hat der Staatssekretär Sherman am Freitag insbesondere mit Bezug auf die deutsche Kritik des neuen Tarifs gesagt, „ehe unsere fremden Brüder vollständig die Bestimmungen desselben verstehen. Dann wird ihre Kritik auf mehr Gewicht Anspruch machen können.“ Vielleicht hat der Staatssekretär dabei gedacht, daß der europäische Handel, der den Mac Kintley-Tarif überlebt hat, auch den Dingley-Tarif überleben wird. Für die deutsche Industrie kommen außer der Position Zuder vornehmlich die Zollerhöhungen in Betracht für Chemikalien, Oele und Farben, für Irden- und Porzellanwaaren, Glas und Glaswaaren, für Metalle und Metallwaaren aller Art und für Drap.

**Petersburg, 27. Juli.** Zum Ehrendienst bei der deutschen Kaiserin während des Besuchs des deutschen Kaiserpaars am hiesigen Hof sind befohlen worden Oberstallmeister Graf Orlov-Dawydow und Fürst Gortschakow, zum Ehrendienst bei dem Prinzen Heinrich von Preußen Generalmajor à la suite Fürst Bielowski.

Dens (Pas de Calais), 27. Juli. In Folge der Streitigkeiten, welche gestern in einer Mine in Drocourt zwischen belgischen und französischen Arbeitern entstanden waren, sind die Arbeiter dieser Mine, deren Zahl 1200 beträgt heute früh nicht zur Arbeit erschienen. In Drocourt herrscht vollständige Aube.

Kopenhagen, 27. Juli. Die Beendigung der langwierigen Arbeitseinstellung in der Eisenindustrie scheint jetzt durch schiedsrichterlichen Ausgleich unmittelbar bevorzustehen.

Stettin, 28. Juli. Herr Stadtbaurath Krause wird heute in Berlin in der Sitzung der städtischen Kanalisations-Deputation in sein dortiges Amt eingeführt werden.

— Der „Reichsanz.“ veröffentlicht einen allerhöchsten Erlaß, der die Ausübung der ge sundheitspolizeilichen Aufsicht über die Provinzialanstalten und die Schulaufsicht über die Provinzial-Zwangserziehungs-Anstalten dem Geschäftskreise der Oberpräsidenten überweist.

— In Betreff der polizeilichen An-  
meldungen hat das Schöffengericht zu Köln  
eine interessante Entscheidung gefällt, welche aber  
wohl noch die weiteren Instanzen beschäftigen

über das mit dem 30. Juni 1897 abgeschlossene Geschäftsjahr giebt abermals ein interessantes Bild aus der Thätigkeit dieser großen zentralen Vereinigung im Interesse des deutschen Städtegrundbesitzes. Wie die Einleitung anführt, ist die Gesetzgebung im Vertriebsjahre auf einen großen Reihe von Gebieten, die den städtischen Grundbesitz betreffen, in umfassendem Maßthätig gewesen. Im Reich bildeten das Bürgerliche Gesetzbuch mit seinem für den Grundbesitz so wichtigen Mieths- und Hypothekenechte und mit seinen Vorschriften über Rechte an Grundstücken, die Grundbuchordnung und die Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltung des Gegenstandes von Grundstücken, die auch sämtlich zum Verabschiedung gelangten. Alle die Materien, auf die sich diese Entwürfe beziehen, sind solche, deren Regelung bisher der Landsgesetzgebung unterlag. Sie gehen der Zuständigkeit der einzelnen Bundesstaaten verloren und am 1. Januar 1900 an das Reich über; weitere werden folgen. Durch diesen Uebergang einer großen Zahl von Rechtsgebieten, die den städtischen Grundbesitzer auf das engste berühren, von der Landes- auf die Reichsgesetzgebung, erwachsen auch dem Zentralverband zukünftig neue und große Aufgaben. — Im Weiteren verbreitet sich die Einleitung über die wirtschaftliche Lage, die Bewegung der Miethpreise mit dem Hinweis auf die in der Einleitung

und des Inneren und andere interjuncte Fragen. Die Ausbreitung des Zentral-Verbandes hatte im letzten Jahre leider einen Rückschlag zu verzeichnen. Während 9 Vereine dem Verband beitraten, meldeten 14 ihren Austritt an. Interessant ist, wie bekannt, zum Teil auf die Spannung zurückzuführen, die sich zwischen dem Zentral-Verband und dem Verband der rheinisch-westfälischen Grundbesitzer-Vereine angebahnt hat. Die Zahl der Unter-Verbände hat sich um drei verringert und ost- und westpreussischen Provinzial-Verband und der rekonstituierten Provinzial-Verband der schlesischen Haus- und Grundbesitzer Vereine vermehrt.

Unter den Maßnahmen, die der Zentralverband zum Zwecke der Wahrnehmung der Interessen des flädischen Grundeigenthums auf den Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung in der Verichtsperiode getroffen hat, ist außer dem schon mehrfach erwähnten Petitionen in Ausfertigung der Beschlüsse d. s. Grönländ. Verbands tags, eine Eingabe aus letzter Zeit zu erwähnen, die anlässlich der von der Reichsregierung beabsichtigten Vorlage eines Entwurfs zur reichsgesetzlichen Regelung des Hypothekendarlehnswesens, begw. einer am 27. Juni abgehaltenen Konferenz zu dieser Sache an das Reichsjustizamt gerichtet wurde. Dieses Schreiben lautete:

Einem hohen Reichsjustizante  
beehrt sich der Zentralverband der städtischen  
Pensions- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands  
als Vertreter der Interessen des in Vereinen  
organisirten Grundbesitzes in gegen 150 deut-  
schen Städten, die gehorsamste Bitte zu unter-  
breiten, bei Ausarbeitung des Gesetzentwurfs  
der das Hypothekenbankwesen für das Reich  
einheitlich regeln soll, auch aus den Reihen der  
städtischen Grundbesitzer Sachverständige zu  
gutachtlichen Verrückung über wichtige, das  
Hypothekenbankwesen betreffende Fragen, zu  
berufen. Diese Bitte dürfte durch den Um-  
stand, daß die Interessen des städtischen Grund-  
besitzes in hohem Maße durch die Art der  
Regelung des Hypothekenbankwesens berührt  
werden, daß aber die Gefahr einer Schädigung  
dieser Interessen besteht, wenn bei Ausarbeitung  
eines Gesetzentwurfs über das Hypotheken-  
bankwesen lediglich die Vertreter der Banken  
gehort würden, wohl begründet sein. Die  
städtischen Grundbesitzer haben gegen die be-  
stehende Hypothekenbank-Gesetzgebung, wie  
gegen die gegenwärtige Verwaltungspraxis der  
Hypothekenbanken erhebliche Bedenken geltend  
zu machen und hinsichtlich der Neuordnung  
mannigfache Wünsche vorzutragen. Das hohe  
Reichsjustizamt bittet wir, ihnen hierzu Ge-  
legenheit zu geben.

Trotz dieser Anregung des Zentral-Verbandes ist das Reichsjustizamt bei der neuerdings von der preussischen wie von der Reichsregierung geübten Praxis, zur Beurtheilung von Gesesentwürfen zunächst nur die eine Seite der Interessenten heranzuziehen, nicht von seiner Praxis abweichend, Ebenda

wenig aber wie die städtischen Grundbesitzer, sind die an der Regelung der Hypothekentabak-Verlegung ebenfalls stark interessirten Bauhandwerker, wie die gleichfalls interessirten ländlichen Entschüssigten als Schwerkündige herangezogen worden. Demnach rings der Entwurf eines Hypothekentabakgesetzes, der zur Zeit im Reichsjustizrathe ausgearbeitet wird, nicht bestimmt ist, an den Reichstag zu geben, sondern erst der öffentlichen Kritik und den Interessenfeinden unterbreitet werden soll, um danach eventuell eine Veränderung zu erfahren, so wird der Zentral-Verband selbstverständlich auch zur gegebenen Zeit zur Wahrung der Interessen des städtischen Grundbesitzes eingreifen. Durch seine Geschäftsstelle werden gegenwärtig Erhebungen veranstaltet, um auf Grund dieser Material zur Kritik des Gesetzentwurfs zu gewinnen.

Die im preussischen Abgeordnetenhaus eingebrachten Anträge W. verbünd. Sachem, betreffend eine Abänderung der §§ 54 und 55 des s. o. m. m. n. a. l. a. b. g. g. e. s. e. t. z. e. s., erführen auch durch eine Eingabe des Central-Verbandes Unterstützung; auch wurde an die preussischen Vereine das Ersuchen gerichtet, gleichfalls durch Petitionen und durch Einwirkung auf die Abgeordneten ihrer Wahlkreise zu Gunsten der Anträge einzutreten.

Unter den weiteren Maßnahmen, die dem Zentral-Verband zum Zwecke der Wahrnehmung der Interessen des gesamten deutschen städtischen Grundbesizes getroffen hat, sind hervorzuheben: Eingaben, die sich auf die Entwürfe einer Grundbuchordnung, eines Gesetzes, betreffend die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Grundstücken, eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Alters- und Invaliditäts-Gesetzes (§ 129), eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze (§ 76), auf die Beseitigung der Steuerprivilegien der Offiziere, auf die reichsgesetzliche Regelung des Versicherungswesens (betreffend die Versicherung der Miethausfälle bei Elementarschäden), auf die Fortschritte der Gemeinnützigkeit, auf die

statistik, betreffend den Nachtrags-Schluss der  
 Ladengescheäfte und auf die reichsgerichtliche Rege-  
 lung des Hypothekenbankwessens beziehen. Diese  
 Eingaben gingen theils an den Reichstag, theils  
 an das Reichsjustizamt und an das Reichsamt  
 des Innern.

Die Anrechnung, die der Zentralthaus zur

Gründung gemeinnütziger Einrichtungen durch die Hausbesitzer-Vereine und zur Bildung von Hausbesitzer-Gesellschaften gegeben hat, sind auf fruchtbaren Boden gefallen. Eine große Mehrzahl der Vereine, die derartigen Bestrebungen sich bisher noch fern houden, ist in neuester Zeit davon überzeugt, ihnen ihre besondere Aufmerksamkeit zuguwenden, und die Provinzialverbände lassen sich die Förderung dieser Bestrebungen sehr angelegen sein. Das seine Anregungen so schätzbare Verlangen gefunden haben, kann der Zentralverband jedenfalls als einen greifbaren Erfolg betrachten. Uebrigens ist zu hoffen, daß sich Mittel und Wege finden werden, die den Zentralverband selbst in die Lage setzen, im größeren Umfange zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Vereinsmitglieder direkt beizutragen.

Aus dem Klassenbericht, der sich dem Jahresbericht anschließt, ist zu ersehen, daß sich das Vermögen des Zentralverbandes im letzten Geschäftsjahr um 2600 Mark vermehrt hat und jetzt 11 000 Mark beträgt, die in Staatspapieren angelegt sind.

**Das unangenehme Knarren der Thüren,**  
die Folge ungenügender, und das Verschmieren  
derselben mit überflüßigem, in Folge des  
Mangelswerdens überflüßigem Oele, die Folge  
zu starker Schmierung, dies sind zwei Uebel-  
stände, von denen der eine bei den gegenwärtig  
gebräuchlichen Thürbändern fast immer vorhan-  
den ist, wenn der andere fehlt. Dem wird nun  
durch ein kürzlich Hermann Kießling in Leipzig  
in den meisten Kulturstaaten geschütztes, ver-  
bessertes Thürband abgeholfen. Bei diesem  
Thürbande ruht der obere Dorn mit der kugeli-  
gen Stüßfläche in einer Rinne des unteren  
Japfens und das Oel bleibt zwischen den  
reibenden Flächen stehen. Zugewandt wird  
dasselbe durch eine Vermittelst eines selbstthätig-  
wirkenden luftstichten Verschlußes gegen das Ein-  
dringen von Staub und Luft gesicherte Wohnung  
von oben her, sodas also gleichzeitig das be-  
schwerliche Anheben der Thür beym Schmierens  
unnöthig wird. Wie aus das Patent-  
und technische Bureau von Algard Lüders in Götting  
mittheilt, bemüht sich das neue Thürband  
außerordentlich, da eben durch den luftstichten  
Verschluß der Selbsteinwirkung des Oeils zu vermeiden

und damit die Untauglichkeit des Oels vermieden wird. Dabei ist die ganze Arbeit eine so leichte, einfache und reinitliche, daß sie selbst von Kindern vorgenommen werden kann.

**Eine haushschwammigere Einschub-**  
bede hat sich kürzlich ein Baugewerkmeister  
Dresden in fast allen europäischen Industrie-  
staaten schüßen lassen. Derselbe besteht in der  
Hauptache aus einem zwischen die Dedenhalter  
gespannten Gewebe von verzinktem Eisendraht,  
welches von einer feuerfester und wasserdicht  
imprägnirten Papplage überdeckt ist. Drahtge-  
webe und Rohstoffe werden zusammen beim A-

te und die Papplage werden zusammen dem Aufschlagen der gewöhnlichen Einschußleisten an den Seitenflächen der Deckenbalken festgeklemmt, und die Papplage wird aus zwei, sich in der Mitte zwischen den Balken überdeckenden Streifen gebildet, so daß die Papplage dem Durchdringen des Drahtgewebes leicht folgen kann. Ein Holzgelenkankerfrisch zwischen dieser Ueberbedeckung macht dieselbe wasserdicht. Durch einen solchen Einschuß wird nach einer Mittheilung des Patents- und technischen Bureaus von Richard Lüders in Götting nicht allein ein hoher Grad von Schwammigkeit und die größtmögliche Schalldämpfung einer Holzbalende erreicht, sondern auch deren Feuersicherheit ganz bedeutend erhöht und fallen überdies die sonstigen Uebelstände des Holzschubs, wie Durchdringen des Sandes, Wasserdurchlässigkeit, vollständig weg. Proben, welche mit 900 Kilogramm pro Quadratmeter dauernd belastet wurden, zeigten keine sichtbaren Veränderungen und bei einer angestellten Feuerprobe leistete die neue Einschußdecke dem lebhaften Feuer 25 Minuten länger Widerstand als der Holzeneinfuß; es dürfte sich daher diese neue Decke bald einführen, zumal dieselbe nicht theurer sein soll, als der bisher übliche Einschuß.

Der Hansbesitzerverein zu Aue i. S. (100 Mitglieder) ist dem Zentral-Verbande der städtischen Hans- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands beigetreten.

